

## **NZZ Podium vom 27. September 2007**

### **Wo unsere rechte Hand nicht wissen will, was die linke tut**

*Referat von Victor Kocher, Nahost-Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung»*

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde. Ich danke Ihnen für Ihr Interesse und dass Sie sich für das Thema Naher Osten herbemüht haben. Der Vordere Orient ist eine undankbare Region mit täglichen schlechten Nachrichten und voll skrupellosen Blutvergiessens. Das westliche Publikum bekundet immer mehr Unverständnis und Überdross, da die Konflikte endlos scheinen. Einflussreiche westliche Politiker beschwören mit Vorliebe islamische Schreckgespenster. Ich für mein Teil verfechte hier die Ansicht, dass viele Probleme im Nahen Osten lösbar sind, man darf nur eigenständiges Urteilen, einen kritischen Blick auf sich selbst und den entsprechenden Aufwand nicht scheuen.

In vielen westlichen Regierungen herrscht eine horizontale Sichtweise, ein reines Krisenmanagement vor. Und dafür lassen sich triftige Gründe nennen:

- der Orient ist eine hochgradig instabile Weltgegend;
- Gewalt und Instabilität werden durch Migration in den Westen exportiert;
- orientalische Staaten haben autoritären Charakter, schlecht legitimierte, oft unfähige Regime, sie weisen skandalöse Entwicklungsmängel auf.
- Korruption ist verbreitet, und verantwortlicher Bürgersinn ist Mangelware;
- eine Welle der Islamisierung wächst immer noch, zusätzlich verstärkt durch die amerikanische Dominanzpolitik seit September 2001; die Konfrontation mit westlichen Werten und dem Völkerrecht wächst entsprechend.

Unsere Nahoststrategie ist demnach meist an oberflächlichen Bedrohungen wie Terrorismus und nuklearer Aufrüstung orientiert. Die zögerlichen Lösungsansätze folgen ebenfalls dieser reinen Sicherheitsagenda. Diese kurzsichtige Politik baut darauf, mit militärischen Mitteln Macht in der Region zu projizieren und die eigenen Interessen gegen die lokalen durchzusetzen. Das Völkerrecht und Bedenken um Fairness treten in den Hintergrund. Im Zuge des Anti-Terror-Kriegs haben sich Amerika und Europa noch stärker auf die Sicherheit und die enge Zusammenarbeit mit Israel verlegt. Das bestärkt den jüdischen Staat in seiner Strategie der regionalen Vorherrschaft mit amerikanischer Rückversicherung.

Die Beziehungen zwischen Orient und Okzident haben allerdings eine sehr lange und für beide Seiten tiefgreifende Geschichte. Die geografische Nähe des Nahen Ostens, seine

sentimentale Bedeutung als Land der Bibel und seine Energieressourcen haben ihn in eine unauflösliche und seit der industriellen Revolution zusehends ungleiche Schicksalsgemeinschaft mit Europa eingebunden.

So zeigt das vergangene Jahrhundert einen Nahen Osten, der geradezu ein Spielfeld der dauernden und bestimmenden westlichen Einmischung ist, sowjetische Vorstösse während des Kalten Kriegs mitgerechnet.

Nach dem Ersten Weltkrieg und dem Zerfall des Osmanenreichs schufen die Westmächte mit ihrer willkürlichen Grenzziehung überhaupt erst die moderne nahöstliche Staatenwelt. Es folgten die Völkerbunds-Mandate für Frankreich und Grossbritannien in der Levante und im Irak, dann die Schaffung des jüdischen Staates, die Ausbeutung der Erdölressourcen durch westliche Gesellschaften, die anglo-französische Suez-Intervention von 1956, die massive Unterstützung Israels in seinen grossen Kriegen. Am Persischen Golf bewiesen die Briten mit der Einführung der Monarchien gutes Gespür. Auch die Schaffung des Königreichs Jordanien im ehemaligen Transjordanien hat sich einigermaßen bewährt, obwohl am Anfang willkürlich die Scherifendynastie von Mekka transplantiert wurde. Die Amerikaner betätigten sich später erfolgreich als Bündnispartner der reichen Erdölmonarchien, sie boten diesen eine strategische Rückversicherung gegen die Plündergelüste ärmerer und bevölkerungsreicher Nachbarn.

Amerika ist aber heute in der arabischen und islamischen Welt bei den Herrschern unbeliebt, unglaublich und im Volk mehrheitlich verhasst. Die unmittelbaren Gründe dafür liegen in Washingtons Abkehr vom Nahost-Friedensprozess, im schrankenlosen Rückhalt für Israel in dessen Auswüchsen gewaltsamer Repression und im blutigen Irak-Fiasko.

Noch im Jahre 1922 sah das ganz anders aus; auf Antrieb von Präsident Wilson stellte ein amerikanischer Untersuchungsausschuss mit dem Namen King-Crane Commission fest, dass die Araber sich am ehesten einer amerikanischen Fremdherrschaft beugen würden, wenn schon die Unabhängigkeit nicht zu erlangen sei. Und Präsident Eisenhower schuf 1956 bei arabischen Staatschefs einigen Kredit, als er nach dem Suez-Krieg mit massivem politischem und wirtschaftlichem Druck die Franzosen, Briten und auch Israel zum Abzug aus dem Sinai zwang. Als Letzter schritt Präsident Bush senior 1992 am Anfang des Oslo-Friedensprozesses gegen die Expansion der jüdischen Siedlungen im besetzten Cisjordanien ein, indem er Israel Kreditgarantien im Umfang von 10 Milliarden Dollar für die Integration sowjetischer Immigranten verweigerte. Seither ist aber in Washington eine schrittweise Erosion des Widerstands gegen jüdische Landnahme und Besiedlung zu beobachten. 1997 sicherte US-Staatssekretär Christopher dem damaligen Ministerpräsidenten Netanyahu förmlich zu, dass es einzig Israels Privileg sei, in den Friedensverhandlungen das Ausmass seines «Redeployments», mithin die Grösse der für die Palästinenser bestimmten Gebiete im Westjordanland, festzulegen. Und Bush junior belohnte 2004 Sharon für dessen geplanten Abzug aus Gaza, indem er ihm im besetzten Westjordanland die künftige

Annexion der grossen Siedlungsblöcke garantierte – eine Guttheissung der illegalen Siedlungspolitik und parteiische Präjudizierung künftiger Friedensverhandlungen. Der Knick in der amerikanisch-arabischen Freundschaft ist freilich schon im Juli 1956 zu erkennen, als Amerika dem charismatischen ägyptischen Führer Abdelnasser die Finanzunterstützung für den Bau des Assuan-Damms entzog und damit die Nationalisierung des Suez-Kanals wenige Tage später provozierte. Damit schob Washington Nasser entschieden ins sowjetische, mithin feindliche Lager. Israel hingegen suchte sich im Kalten Krieg eine Nische im amerikanischen Interessenspektrum und diente sich als nahöstlicher Hauptverbündeter an. Später baute sich Israel mit seinem Kleinkrieg gegen die Palästinenser als Speerspitze im Anti-Terror-Krieg und im Clash of Civilisations mit der islamischen Welt ein. Israel akzentuierte in Washington selektiv gewisse amerikanische Interessen, welche den eigenen dienten, es zog die USA immer mehr in eine schiefe und einseitige Nahostpolitik hinein – auf Kosten der amerikanischen Beziehungen zu den Arabern.

Nun noch zwei Betrachtungen durch die Lupe:

Bei der Aufgabe des britischen Palästina-Mandats im Jahre 1948 setzte der Westen gegen den Willen der Palästinenser und der arabischen Länder die Gründung eines jüdischen Staates durch. Die Gründung erfolgte auf Kosten der Palästinenser, und der Westen hat – aus seiner durch das Holocaust-Trauma bedingten Sorge um eine sichere Heimstatt für die Juden – diesen Staat seither immer schrankenlos unterstützt.

Der Teilungsplan der Uno von 1947 sah Folgendes vor:

Die Juden, welche weniger als 6 Prozent des gesamten Landes im Mandatsgebiet Palästina besaßen und gerade einen Drittel der Bevölkerung ausmachten, erhielten mehr als die Hälfte (fast 57,5 Prozent) des gesamten Landes zugeteilt. Innerhalb der Grenzen ihres geplanten Staates waren sie Eigentümer von nur 11 Prozent des Bodens und stellten in jedem Distrikt die Minderheit dar.

In den Wirren und dem Krieg von 1947/1948 erweiterte Israel dann seinen Anteil am gewesenen Mandatsgebiet durch militärische Eroberungen auf 78 Prozent. Zugleich wurden  $\frac{3}{4}$  Millionen Palästinenser zu Flüchtlingen, die palästinensische Gesellschaft wurde militärisch zerschlagen und des Grossteils ihres Lebensunterhalts beraubt. Wenn Sie sich für einen Moment einen europäischen Politiker vorstellen, der sein eigenes Volk oder ein befreundetes zum Opfer eines solchen Übergriffs werden sähe: Wie könnte der anders reagieren als damals die Araber, nämlich mit totaler Ablehnung? Israel besetzte dann im Krieg von 1967 zusätzlich Cisjordanien, Gaza, den Golan und die Sinai-Halbinsel. Den Sinai gab es nachher im Tausch für einen Frieden an Ägypten zurück, doch Gaza hält es seit dem Abzug vor zwei Jahren unter einer totalen Abschnürung. Vor allem in Cisjordanien und Ostjerusalem verfolgt Israel eine Politik der Expansion durch Besiedlung, der schrittweisen Einengung des palästinensischen Lebensraums und der Fragmentierung der palästinensischen Gesellschaft in getrennten Enklaven. Die Bemerkungen israelischer Politiker deuten die Absicht an, Ostjerusalem sowie bedeutende Teile des Westjordanlands mit den grossen Siedlungsblöcken

endgültig zu annektieren. Von einer Wiedergutmachung früheren Unrechts redet kaum einer, Israel spricht sich sogar meist jeglicher Verantwortung dafür frei.

Yasir Arafats PLO hat im Oslo-Friedensprozess Israels Existenzrecht auf jenen 78 Prozent von Palästina anerkannt. Und die Gemeinschaft der arabischen Staaten ihrerseits bietet nach ihren vielen bitteren Niederlagen den Israeli eine abschliessende Bereinigung des ganzen Konfliktes auf der Basis von 1948 an, mit der Aussicht auf volle Anerkennung des jüdischen Staats, umfassenden Frieden und umfängliche Beziehungen zu allen arabischen Ländern – im Tausch für die Umsetzung der Uno-Resolution 242 und den Rückzug auf die Grenzen nach dem Krieg von 1948. Doch die Israeli haben das Angebot nicht angenommen. Sie halten im Westen die Aufmerksamkeit mit ihren Sicherheitsproblemen gefangen, sie konzentrieren sich auf die Angriffe von Widerstandskämpfern gegen Soldaten und bewaffnete jüdische Siedler, auf die Terroranschläge von Extremisten mitten in israelischen Städten, auf eine strategische Bedrohung durch radikale Staaten, während doch ein guter Teil dieser Bedrohungen sich ursächlich durch die israelische Politik der Besetzung und der gewaltsamen Unterdrückung erklären lässt. Seit dem Wahlsieg der Hamas hat sich der Westen gänzlich auf die israelisch-amerikanische Linie der politischen Ausgrenzung und der militärischen Repression einspielen lassen. Ein Erfolg der kommenden Nahostkonferenz im November scheint fraglich.

Das Fiasko am Golf:

Die Administration des jüngeren Bush hat sich unter der Einwirkung des September-Terrorismus von 2001 den Irak als Bühne ausersehen, um ein Exempel der militärisch vorgetragenen Demokratisierung für die ganze Region zu statuieren. Den Rest kennen Sie: Die jüngsten Schätzungen der Uno über die Zahl der Irak-Flüchtlinge belaufen sich auf über 4 Millionen, die Hälfte von ihnen im Ausland. Etwa 70'000 Zivilisten sind seit 2003 ums Leben gekommen, nach anderen Schätzungen noch viel mehr. Die Strom- und Wasserversorgung funktioniert immer noch deutlich schlechter als vor dem Sturz von Saddam Hussein. Das Erdölministerium schätzt, es habe infolge der Unsicherheit seit der Wende 24,7 Milliarden Dollar an Einnahmeausfällen gehabt; der amerikanische Staatskontrolleur errechnet einen etwas geringeren Verlust von täglich 10 Millionen Dollar an Erdölerlös, hauptsächlich durch Diebstahl, Schmuggel, Korruption und Sabotage. Die verschiedenen Viertel Bagdads werden von den Milizen ethnisch gesäubert und von den Behörden durch hohe Mauern voneinander getrennt. Die politische Zukunft des Staates ist so fraglich wie kaum jemals.

Auch wenn die unglaubliche Brutalität und Verantwortungslosigkeit schwer vorauszusehen war, mit der sich politische Interessengruppen und kriminelle Banden an die Zerfleischung des irakischen Staates machten, so kann sich Amerika nicht einfach aus seiner Verantwortung für seine monumentalen Fehler davonstellen. Die USA können sich zwar früher oder später von ihrem dortigen Gross-Engagement abwenden, ihre Verluste reduzieren und ihre Präsenz auf geringes Niveau herabstufen. Doch für die Iraker selbst und für alle Staaten der Region haben sie einen gefährlichen Herd der

Destabilisierung geschaffen. Besonders die Katalysierung des Konflikts zwischen Sunniten und Schiiten droht auch Nachbarvölker zu erfassen: Die Sunniten wollen den Ausverkauf des Iraks an Iran verhindern, und die Schiiten fordern politische Gleichberechtigung, angespornt durch das Beispiel des schiitischen Empowerment in Bagdad.

Amerika verfolgte am Persischen Golf immer eine wankelhafte Strategie – bald Hegemoniebestreben im Bund mit dem Schah von Persien, bald ein Gleichgewicht des Schreckens zwischen Khomeiny und Saddam Hussein –, deshalb steht es heute einer überaus misstrauischen, aufstrebenden Nuklearmacht Iran gegenüber, mit der es sich wohl über kurz oder lang verständigen muss. Andernfalls droht der Irak zum Schauplatz eines Low-Intensity-Konflikts mit den Revolutionswächtern der Islamischen Republik zu werden. Eine Verständigung müsste eine Anerkennung Irans als Regionalmacht im Golf mit sich bringen. Der Westen müsste sich mit einer weiteren Atommacht abfinden – wie er es mit Pakistan und Indien auch tat. Teheran würde dann auch das fordern, was es Gerechtigkeit für Palästina nennt: eine massive Korrektur der einseitigen Bevorzugung Israels.

Meine Damen und Herren:

Wie sähe nach all den Kritiken eine angemessene westliche Nahostpolitik aus?

Ein arabischer Kommentator betitelte seine Betrachtung neulich so: «Ihr wollt Frieden? Also liefert Entwicklung und Gerechtigkeit! »

Ziel muss der Abbau der Spannungen anstatt der ideologischen Aufheizung sein. Eine handgestrickte Bündnispolitik und die ausschliessliche Zusammenarbeit mit oberflächlich Gleichgesinnten und Geistesverwandten schaffen nur neue Polaritäten. Die Ausgrenzung der missliebigen Regime und Strömungen hilft nichts.

Eine wesentliche Kraft in der arabischen Welt sind die Muslimbrüder, welche diskret, aber nachhaltig und auf breiter Front auf der Welle der Reislamisierung reiten. Die Hamas ist ihr palästinensischer Ableger und bekanntlich durch Israel, Amerika und die EU ausgegrenzt – neuerdings sogar noch durch die Fatah-Regierung in Ramallah. Im weltweiten Krieg gegen die Kaida-Terroristen und die Jihad-Militanten muss es natürlich um Sicherheit und das Unschädlichmachen der Terrorzellen gehen, aber nur vordergründig. Entscheidend ist die Rivalität zwischen Kaida-Einpeitschern wie Usama bin Ladin einerseits und den traditionellen, gemässigten Führern und der Muslimbruderschaft. Denn solange junge, unzufriedene Muslime rundum glauben, dass das Wesen des Islams in der Bomben-Ideologie der Kaida besteht anstatt in Toleranz und der friedlichen Hingabe an Gott, so lange nehmen Gefahr und Destabilisierung weiter zu. Müssig zu sagen, dass eine amerikanische Nahostpolitik, welche arabische Staatschefs und muslimische Notabeln wie Hampelmänner behandelt, der Kaida in die Hände spielt.

Zugleich sollten wir in einer Region mangelhafter Regime möglichst direkt den Bürgern Nutzen bringen, das heisst Basisprojekte, Bürgeraktionen und Zivilgesellschaft unterstützen, ebenso wie die kritische Befragung der Machthaber und der Bürokratie durch mündige Normalverbraucher. Unabdingbarer Rückhalt dafür ist eine unabhängige

Justiz, welche zuverlässig Recht von Unrecht scheidet anstatt nur die Mächtigen von ihren ohnmächtigen Opfern.

Abbau der Spannungen heisst Konflikte lösen, vor allem diejenigen, wo eine Lösung auf der Hand liegt:

Zwischen Syrien und Israel ist ein Friedensabkommen so weit gediehen, dass man die Sache nach den Worten von Ex-Präsident Clinton in einer halben Stunde erledigt hätte. Es besteht im Umsetzen der einfachen Formel «vollen Rückzug gegen vollen Frieden», konkret in der Festlegung der künftigen Grenze beim Nordufer des Sees Genezareth, in beidseitigen Sicherheitsvorkehrungen zur Ruhigstellung der Grenze und in der Definition der Nachbarbeziehungen. Die Blockade liegt heute darin, dass niemand den Syrern den guten Willen der Israeli, das heisst den vollen Abzug, garantiert, während israelische Militärs daran zweifeln, dass ein Syrien-Frieden die Rückgabe des Golans überhaupt wert sei.

Der Palästina-Konflikt ist der Hauptherd der arabischen und muslimischen Frustration und Militanz. Auch die Kaida-Führer berufen sich trotz ihrer eigenständigen Agenda immer wieder darauf. Eine Lösung in Palästina brächte wesentliche Entspannung in die ganze Region. Eine Wiedergutmachung kostet die Israeli einen substantziellen Preis, nämlich die bedingungslose Freigabe einer ausreichenden territorialen Basis für den Palästinenserstaat. Europa und Amerika müssten zur Geburtshilfe ihre eigenen, von historischer Verantwortung, Fairness und Rechtsempfinden gelenkten Vorstellungen von einer angemessenen Regelung vorbringen und im Dialog mit Israel verteidigen; weiter müssten sie den Aufbau eines neuen «Palästina» ähnlich grosszügig unterstützen wie bis anhin Israel. Der jüdische Staat müsste lernen, dass er nicht mit Hilfe des Westens unbeschränkt die regionale Supermacht spielen kann. Das stellt eine westliche Garantie für Israels Sicherheit nicht in Frage, sondern gründet die Beziehung auf gemeinsame und geteilte Interessen sowie die Teilung der daraus erwachsenden Lasten. Doch dieser Preis ist schon auf mittlere Frist weit geringer als das, was heute weltweit zur Unterdrückung der immer neuen Spannungen aufgewendet werden muss. Ein Ökonom hat allein für den amerikanischen Aufwand zugunsten Israels bis 2002 etwa 1200 Milliarden Dollar errechnet, wovon 240 Milliarden Dollar an Direkthilfe.

Daran schliesst sich für Israel die Grundfrage, wie sich an der Scharnierstelle einer Weltgegend mit erdrückender nichtjüdischer Mehrheit ein Staat mit jüdischer Dominanz erhalten lässt. Schon innerhalb der Grenzen von 1948, welche damals trotz dem palästinensischen Exodus eine arabische Minderheit zum Judenstaat schlugen, ist bis heute das Prinzip der gleichen Rechte für jeden Bürger nicht respektiert. Und das raschere demografische Wachstum der israelischen Araber bedroht auf lange Sicht die jüdische Mehrheitsstellung. Fragt man nach gleichen Rechten für alle im israelischen Herrschaftsgebiet, auch in den besetzten Territorien, so steht die brutale militärische Langzeit-Okkupation jeder Regelung im Weg. Diese ungelöste Schicksalsfrage hat schon manchem israelischen Führer den Schlaf geraubt. Doch viel zu wenige von ihnen hatten den Mut zum Eingeständnis, dass militärische Gewalt niemals mehr als eine kurzfristige Verlegenheitslösung sein kann.